

Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN
Fraktionsleitungsteam
Kathrin Anders & Jens Matthias



24. Januar 2022

Antrag Flächenangebot für Containerlösung an der John-F-Kennedy-Schule

Sehr geehrter Herr Junker,

die Fraktionen Bündnis 90 / DIE GRÜNEN bittet Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung des nächsten Haupt- und Finanzausschusses und der nächsten Stadtverordnetenversammlung zu setzen:

Der Magistrat wird beauftragt, dem Wetteraukreis als Schulträger der John-F.-Kennedy-Schule Freiflächen im nahen Umfeld der John-F-Kennedy Schule für die Errichtung von Container-Räumlichkeiten anzubieten und die derzeit angedachte Spaltung auf zwei weit entfernt voneinander liegenden Standorten abzuwenden.

Der Magistrat soll alle Freiflächen im Umfeld der John-F.-Kennedy-Schule hinsichtlich einer Eignung zur Errichtung von vorübergehenden Container-Klassenräumen prüfen und die notwendigen Maßnahmen für die Errichtung eines solchen Provisoriums dazu auflisten.

Das Prüfergebnis soll dem Wetteraukreis mit der nachdrücklichen Bitte übermittelt werden, eine der genannten Flächen für die Errichtung zusätzlicher Raumkapazitäten in Containern bis zur Errichtung eines Neubaus an der Schule zu nutzen. Der zusätzliche Raumbedarf auf dem gesamten Schulcampus soll durch eine nahegelegene Containerlösung und nicht durch Schulspaltung gelöst werden.

Begründung:

Die angedachte Auslagerung von einem Teil der John-F.-Kennedy-Schule an die ehemalige Brunnenschule ist die denkbar schlechteste Lösung. Eine derartige Aufspaltung der Schulgemeinde geht mit erheblichen Beeinträchtigungen des Schulalltags der Lehrer:innen und Schüler:innen einher, was zwangsläufig mit einem zusätzlichen Zeit- und Personalaufwand und Einschränkung der Nutzung von Mensa, Schulbibliothek und Schulsozialarbeit am Schulcampus einhergeht. Daher muss es das Bemühen der Stadt Bad Vilbel sein, alles daran zu setzen, ihren Schüler:innen und den Lehrer:innen diese Belastungen zu ersparen.

Es ist leider traurig wie bewährte Praxis in der Schullandschaft des Wetteraukreises, das mangelnde Schulräumlichkeiten mit Containerlösungen kompensiert werden. Bis zu dem angedachten Neubau,

soll deshalb die Stadt dem Wetteraukreis eine Fläche überlassen oder vermitteln, die die Errichtung von Containern grundsätzlich zulässt. Die dafür notwendigen Maßnahmen und Aufwendungen sollten vom Wetteraukreis als Schulträger übernommen werden.

Mit freundlichen Grüßen
im Namen der Fraktion
Kathrin Anders & Jens Matthias